



Berlin

WÄRMEWENDE GESTALTEN

Wissen und Ideen für
Engagierte in Berlin

spezial



Inhalt

Darum geht's	1
Sich politisch einmischen	2
Stand der Berliner Wärmeplanung	3
Soziale Wärmewende in der Hauptstadt	5
Akteure der Berliner Wärmewende	7

Wärmewende in Berlin gestalten

Darum geht's

Die Wärmewende wird noch immer nicht als das zentrale Thema des Stadtumbaus behandelt, das sie eigentlich ist. Haushaltskürzungen, die stockende Umsetzung des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms und fehlender politischer Wille bremsen den notwendigen Umbau. Dabei geht es hier nicht um ein technisches Spezialthema, sondern um bezahlbares Wohnen, Klimaschutz, Infrastruktur und Daseinsvorsorge zugleich. Stattdessen fließt politische Aufmerksamkeit immer wieder in Prestige- und Symbolprojekte – von Olympia-Fantasien bis zu Zäunen am Görlitzer Park. Für eine klimaneutrale Stadt müsste die Wärmefrage aber ganz nach vorn: mit klaren Investitionsentscheidungen, sozialer Absicherung, transparenter Regulierung und einem konsequenten Vorrang für effiziente, erneuerbare und möglichst verbrennungsfreie Wärme.

Diese Broschüre skizziert, wie Berlin heute heizt und wie die Wärmeversorgung morgen aussehen kann. Es geht Fragen nach wie: Was bedeutet die Wärmewende ganz konkret für Menschen im eigenen Haus, in der Mietwohnung und im Kiez? Und wo kann ich mich für eine faire, klimaschützende Wärmewende direkt vor meiner Haustür engagieren?

Ergänzt werden die berlinspezifischen Informationen dieses Handbuchs durch Querverweise auf das Handbuch „Wärmewende gestalten“ von BUND/ifeu, das ausführliche Informationen zur kommunalen Wärmeplanung und zu Beteiligungsmöglichkeiten enthält.

Sich politisch einmischen

Berlin hat sich mit dem Berliner Klimaschutz- und Energiewendegesetz verpflichtet, spätestens bis 2045 klimaneutral zu werden¹.

Die Wärmeerzeugung verursacht aktuell fast die Hälfte der CO₂-Emissionen in Berlin². Rund 60 Prozent der Berliner Wärme stammen noch aus Erdgas – entweder aus Gasheizungen in den Gebäuden oder über die Fernwärme², rund 9 Prozent der Berliner Wohnungen werden noch mit Erdöl geheizt³. Der Gebäudesektor bietet somit den größten Hebel, um die Klimawende in Berlin voranzubringen; gerade hier lohnt sich engagiertes Handeln besonders.

Die Wärmewende braucht öffentliche Steuerung, starke Bezirke, transparente Regulierung, ausreichende Stromnetzkapazitäten, soziale Mieter*innenpolitik und mehr Raum für gemeinwohlorientierte Quartierslösungen. Nur dann wird aus technischer Wärmeplanung ein demokratischer und sozialer Stadtumbau.



¹ <https://gesetze.berlin.de/bsbe/document/jlr-EWendGBEV2IVZ>

Das Berliner Klimaschutz- und Energiewendegesetz (EWG Bln) bildet den verbindlichen Rechtsrahmen, dessen operative Ausgestaltung im Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm (BEK 2030) festgeschrieben ist.

<https://www.berlin.de/sen/uvk/klimaschutz/klimaschutz-in-der-umsetzung/bek-2030-umsetzung-2022-bis-2026/>

² DIW: Wärmewende in Berlin:

Versorgungssicherheit nach dem Erdgas mit

AKTIV WERDEN IN BERLIN:

In Berlin wurden viele Möglichkeiten zur politischen Partizipation eingerichtet – höchste Zeit das Angebot zu testen:

Jede **Berliner Bezirksverordnetenversammlung** (BVV) tagt öffentlich und hat Ausschüsse für Stadtentwicklung, Wohnen und Klimaschutz. Bürger*innen können Einwohneranträge stellen oder Rederecht beantragen. Die Sitzungstermine und Protokolle sind auf den Bezirkswebseiten einsehbar⁴.

Mehrere Berliner Bezirke (z. B. Friedrichshain-Kreuzberg) haben **Klimabeiräte** eingerichtet, in denen Zivilgesellschaft, NGOs und Bezirksparlament zu Klimaschutz- und Wärmemaßnahmen beraten. Interessierte können an Sitzungen teilnehmen oder als Sachverständige eingeladen werden. Auch darüber finden sich die Informationen auf den Bezirkswebseiten.

Auf **mein.Berlin.de**, der Beteiligungsplattform des Landes, werden öffentliche Auslegungen zur Wärmeplanung, zu Quartierskonzepten und Dialogverfahren veröffentlicht. Im integrierten energetischen Quartierskonzept (IEQK) werden für ein abgegrenztes Stadtgebiet Wärmeversorgung, Strom, Mobilität und Klimaanpassung zusammengedacht. Es bündelt Daten zum Gebäudebestand, Energieverbräuchen, Potenzialen von Solarenergie, Wärmepumpen, Nahwärmenetzen und Abwärme. Das daraus entwickelte Maßnahmenpaket wird im folgenden **Sanierungsmanagement** umgesetzt. Bürger*innen können an Beteiligungsveranstaltungen teilnehmen, Ideen einreichen und Arbeitsgruppen beitreten. Aktuelle Konzepte sind über **mein.Berlin.de** sowie den **Umweltatlas Berlin** einsehbar⁵.

erneuerbaren Energien gewährleisten;

https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.887315.de/23-49-1.pdf

³ BDEW – Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (2023): „Wie heizt Deutschland 2023?“ Aktualisierte Fassung, Berlin.

<https://www.bdew.de/energie/studie-wie-heizt-deutschland>

⁴ Z.B. <https://berlin.de/ba-pankow> für Pankow, <https://berlin.de/ba-neukoelln> für Neukölln etc.

⁵ <https://www.berlin.de/umweltatlas>

Stand der Berliner Wärmeplanung

Bundesweit sind alle Kommunen mit mehr als 100.000 Einwohnern gesetzlich verpflichtet, bis zum 30. Juni 2026 einen Wärmeplan vorzulegen, der den Weg zu einer spätestens 2045 klimaneutralen Wärmeversorgung beschreibt. In Berlin erarbeitet die Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt (SenMVKU) deshalb eine gesamtstädtische Wärmeplanung, die bis zu diesem Stichtag vorliegen soll. Die räumliche Ausgestaltung des Wärmeplans wird dann im **Energieatlas Berlin** veröffentlicht werden.

Zentrales Ergebnis dieser Planung ist die Einteilung des Berliner Stadtgebiets in voraussichtliche Wärmeversorgungsgebiete. Dabei unterscheidet der Wärmeplan Wärmenetzgebiete und Gebiete für die dezentrale Versorgung. In den sogenannten **Wärmenetzverdichtungsgebieten** soll das bestehende Fernwärmenetz weiter ausgebaut werden, indem zusätzliche Gebäude im näheren Umfeld an das vorhandene Netz angeschlossen werden. In den **Wärmenetzerweiterungsgebieten** ist geplant, das Fernwärmenetz in bisher nicht oder nur teilweise versorgten Stadtbereichen neu aufzubauen. Für einige Stadtbereiche lässt der Wärmeplan die künftige Versorgungsoption zunächst offen und weist sie als **Prüfgebiete** aus, in denen derzeit unklar ist, ob ein Wärmenetz oder eine dezentrale Lösung langfristig besser geeignet



Die **Beteiligung der Bevölkerung** ist eine wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche Wärmeplanung. Wenn Sie auf dieser Ebene aktive werden wollen, finden Sie viele Empfehlungen und weiterführende Informationen in BUND/ifeu, Wärmewende gestalten Kapitel drei und sechs.

ist. In Gebieten der **dezentralen Wärmeversorgung** sieht die Berliner Wärmeplanung weder eine Anbindung an ein Fernwärmenetz noch an eine Wasserstoffinfrastruktur vor. Dort soll die Wärme künftig durch gebäudenaher Lösungen wie etwa Einzel- oder Quartierswärmepumpen bereitgestellt werden.

Für eine klimaneutrale Fernwärme

Eine der großen Herausforderungen der Berliner Wärmewende ist die Dekarbonisierung des größten Fernwärmenetzes Westeuropas. Damit der Ausstieg aus fossilen Brennstoffen gelingt, müssen Fernwärmekraftwerke und Netze deutlich schneller auf verbrennungs- und abgasfreie Wärmetechniken umgestellt werden – und das zu Fernwärmepreisen, die sich alle leisten können. Die Rekommunalisierung der Berliner Fernwärme war ein wichtiger Schritt, um die öffentliche Kontrolle zurückzugewinnen. Klimafreundlicher ist die Fernwärme dadurch aber noch nicht geworden – entscheidend ist, welche Wärmequellen ausgebaut und welche Kraftwerke ersetzt werden und wie schnell der Anteil fossiler und verbrennungsbasierter Energieträger sinkt.

Klimafreundliche Techniken nutzen **Umweltwärme** aus Flüssen und Böden, **Solarthermie** sowie **Abwärme** aus Abwasser, Industrie und Rechenzentren. **Holz, Abfall, Biomasse, Biogas** und **Wasserstoff** sollten in der zukünftigen Wärmeversorgung dagegen nur eine Nebenrolle spielen – idealerweise als Reserve für wenige, sehr kalte Tage.



Holzverbrennung ist nicht klimaneutral, und für die in Berlin geplanten Holzkraftwerke würde mehr Holz benötigt, als in der Region als Altholz verfügbar ist. Die Verbrennung konkurriert mit anderen Nutzungen des Holzes und setzt Wälder zusätzlich unter Druck.



Eine starke Auslastung der Müllverbrennung steht im Widerspruch zu Abfallvermeidung und Kreislaufwirtschaft.



Biomasse ist zwar formal erneuerbar, hat aber oft einen hohen Klima Fußabdruck und braucht viel Ackerfläche, die dann für Lebensmittel oder Naturschutz fehlt.



Wasserstoff ist knapp, teuer und seine Verbrennung deutlich ineffizienter als die direkte Nutzung von erneuerbarem Strom in Großwärmepumpen.

Die Berliner Fernwärme-Regulierungsbehörde bleibt bislang erstaunlich blass. Fernwärme ist ein monopolähnlicher Markt – trotzdem ist öffentlich kaum nachvollziehbar, nach welchen Kriterien Preise, Investitionen und Klimawirkung geprüft werden und wie Kostenaufschläge begrenzt werden und ob die Fernwärme wirklich auf einen klimaneutralen Pfad kommt.

Es braucht also auch weiterhin eine engagierte Zivilgesellschaft, um die Berliner Fernwärme auf einen klimafreundlichen und sozialen Kurs zu bringen – mit viel Mitmachpotenzial! Stand Mai 2026: Gegen das laufende Genehmigungsverfahren für ein großes Holzkraftwerk der Berliner Energie und Wärme (BEW) am Standort Reuter West in Spandau organisieren Umweltverbände wie BUND und NABU Proteste und Einwendungen. Für die Fernwärmeerzeugung am Standort Klingenberg in



Umweltwärme, etwa aus Flüssen, kann rund einen signifikanten Anteil der Berliner Fernwärme liefern.

Lichtenberg plant die BEW zudem eine neue Festbrennstoffanlage, in der auch Biomasse eingesetzt werden könnte. Auch gegen dieses Vorhaben formiert sich Widerstand.



Weiterführende Informationen zu einer **erneuerbaren (Fern)wärmeversorgung** und gegen klimaschädliche Scheinlösungen finden sich in BUND/ifeu, Wärmewende gestalten Kapitel zwei.

AKTIV WERDEN:

Viele Organisationen und Netzwerke arbeiten konkret und mit Berliner Bezug an der Umsetzung der Wärmewende:

Der ehrenamtliche **Arbeitskreis Klima & Erneuerbare Energien** des Umweltschutzverband **BUND Berlin** beschäftigt sich u.a. auch mit der Berliner Wärmewende. Treffen i. d. R. zwei Mal im Monat, mittwochs um 19 Uhr. bund-berlin.de;

Die **Gesellschaft für Klima und Demokratie** berät lokale Initiativen zu direktdemokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten in Hinblick auf eine klimafreundliche Kommunalpolitik. klima-und-demokratie.de

Der **Berliner Energietisch** ist ein parteiunabhängiges Bündnis Berliner mieten- und umweltpolitischer Organisationen und Initiativen. Das Plenum trifft sich jeden zweiten Mittwoch im Monat. berliner-energietisch.net, info@berliner-energietisch.net

Berlin Erneuerbar ist ein Bündnis klimapolitisch aktiver Organisationen und Einzelpersonen, die sich für ein fossilfreies Berlin bis 2035 einsetzen. berlinererneuerbar.de; info@berlinererneuerbar.de

KlimaNeustart Berlin ist eine ehrenamtliche Initiative, die 2022 den Volksentscheid „Berlin 2030 klimaneutral“ initiiert hat. Aktuell legt sie ihren Fokus auf die Bauwende. Es gibt bezirkliche Kiezteams, die sich wöchentlich treffen. klimaneustart.berlin, info@klimaneustart.berlin, onboarding@klimaneustart.berlin

Eine Alternative zur Fernwärme bilden Nahwärmelösungen im Quartier. **Kalte Nahwärme** bedeutet: Ein Netz verteilt Wärme auf sehr niedrigem Temperaturniveau, etwa aus Erdreich, Grundwasser oder Abwasser. Erst in den Gebäuden heben kleine Wärmepumpen diese Wärme auf Heiz- und Warmwassertemperatur an. Das ist effizient, flexibel und kann auch zum Kühlen genutzt werden.

Diese Projekte zeigen, dass Nahwärme ein wichtiger Baustein für die Wärmewende im Bestand sein kann: **KOKONI ONE** in Pankow nutzt Geothermie-Nahwärme; in **Grünau** wird ein Quartier von Gasetagenheizungen auf Abwasser- und Luftwärmepumpen umgestellt und am **Haus der Statistik** entsteht ein kaltes Nahwärmesystem mit Erd- und Abwasserwärme.

AKTIV WERDEN:

Es haben sich bereits einige Initiativen rund um das Thema Nahwärme gebildet:

Der **Aktionskreis Energie e.V.** ist seit 2005 in Steglitz-Zehlendorf aktiv und bietet Weiterbildungen, Beratungen und Informationsveranstaltungen zur energetischen Gebäudesanierung und zu regenerativen Energien für Hauseigentümer*innen, Planer*innen und interessierte Laien. Außerdem organisiert der Verein Vernetzungstreffen der Berliner Nahwärmenetz-Initiativen. aktionskreis-energie.de, kontakt@ake-ev.de

Ziel der gemeinwohlorientierten Genossenschaft **kliQ-Berlin eG** ist, in Zehlendorf in den Quartieren um Oskar-Helene-Heim, Onkel Toms Hütte und Krumme Lanke eine kalten Nahwärmeversorgung aufzubauen. kliq-berlin.de

Die Bürger*innen-Initiative **Wärmewende Friedenau** ist eine lokale Anlaufstelle für Anwohner*innen, die die Wärmeplanung in Friedenau mitgestalten wollen. waermewende-friedenau.de, kontakt@waermewende-friedenau.de

Die **nahwärme-eichkamp.berlin eG** ist eine der wenigen Genossenschaften in Deutschland, die ein kaltes Nahwärmenetz im Bestand plant. Ihr Werdegang ist als Praxisbeispiel auf der Plattform „Berlin spart Energie“ dokumentiert. berlin-spart-energie.de/projekt/quartier-eichkamp-247.html; info@nahwaerme-eichkamp.berlin

Soziale Wärmewende in der Hauptstadt

Rund 85 Prozent der Berliner Haushalte wohnen zur Miete. Damit entscheidet sich die Wärmewende nicht nur im Heizungskeller oder im Fernwärmenetz, sondern vor allem im Mietrecht, in der Förderpolitik und in den Quartieren. Klimafreundliches Heizen darf nicht dazu führen, dass Menschen mit wenig Geld ihre Wohnung verlieren oder bei Wärme, Strom und Warmwasser übermäßig sparen müssen. Eine soziale Wärmewende ist kein technisches Spezialprogramm, es geht um Daseinsvorsorge, soziale Sicherheit und das Recht auf eine warme Wohnung. **Klimaschutz, Mieterschutz und**

bezahlbare Energie müssen deshalb zusammen gedacht werden.

Besonders wichtig ist der Umgang mit energetischen Modernisierungen: Nach Bundesrecht können Vermieter*innen Modernisierungskosten dauerhaft auf die Miete umlegen. Selbst wenn Heizkosten nach einer Sanierung sinken, gleichen die Einsparungen die höhere Miete oft nicht aus. Faire Modernisierungsumlagen müssen deshalb deutlich begrenzt, sozial abgedeckt und an tatsächliche Energieeinsparungen gekoppelt werden. Die nach Bundesrecht vorgesehenen Kappungsgrenzen sind dafür unzureichend. Gerade in Berlin, wo viele Haushalte bereits heute stark belastet sind. Berliner Regelungen – etwa in Milieuschutzgebieten, bei landeseigenen Wohnungsunternehmen oder über Förderprogramme wie die soziale Wohnraummodernisierung der IBB – sind wichtige Ansatzpunkte, wenn sie konsequent genutzt, kontrolliert und weiterentwickelt werden.

Besonders wichtig ist der Umgang mit energetischen Modernisierungen: Nach Bundesrecht können Vermieter*innen Modernisierungskosten dauerhaft auf die Miete umlegen. Selbst wenn Heizkosten nach einer Sanierung sinken, gleichen die Einsparungen die höhere Miete oft nicht aus. Faire Modernisierungsumlagen müssen deshalb deutlich begrenzt, sozial abgedeckt und an tatsächliche Energieeinsparungen gekoppelt werden. Die nach Bundesrecht vorgesehenen Kappungsgrenzen sind dafür unzureichend. Gerade in Berlin, wo viele Haushalte bereits heute stark belastet sind. Berliner Regelungen – etwa in Milieuschutzgebieten, bei landeseigenen Wohnungsunternehmen oder über Förderprogramme wie die soziale Wohnraummodernisierung der IBB – sind wichtige Ansatzpunkte, wenn sie konsequent genutzt, kontrolliert und weiterentwickelt werden.

Ein zentraler Fokus muss auf Energiearmut liegen: Besonders gefährdet sind Haushalte mit niedrigem Einkommen in schlecht sanierten Gebäuden mit hohen Heizkosten. Für Berlin heißt das ‚**worst performing buildings first**‘ – zuerst die energetisch schlechtesten Gebäude zu sanieren.

Die dafür nötigen Daten zu Gebäudesubstanz, Energieverbrauch, Heizkosten und sozialräumlichen Strukturen sind im Grundsatz vorhanden und sollten genutzt werden, um gezielt dort anzusetzen, wo die Belastung am höchsten ist.



Weitere Informationen zur energetischen Sanierung finden sich in BUND/ifeu, Wärmewende gestalten Kapitel 2.2.

AKTIV WERDEN:

Welche Maßnahmen sind geplant und was kosten sie? Wer zahlt wieviel? Welche Alternativen gibt es? Zur sozialen Wärmewende gehört echte Beteiligung: Mieter*innen brauchen frühzeitig verständliche Informationen, Mitsprache bei Sanierungsfahrplänen, Transparenz über Kosten und Einsparungen sowie unabhängige, niedrigschwellige und kultursensible Beratung. Folgende Berliner Initiativen treiben diese Beteiligung voran:

Der **Berliner Mieterverein** bietet Energieberatung, rechtliche Beratung zu Modernisierungsumlage, Heizkostenabrechnung und Warmmiete. Er unterstützt Mieter*innen-Beiräte und Hausgemeinschaften dabei kollektive Modernisierungsvereinbarungen zu entwickeln, um den Sanierungsfahrplan aktiv mitzugestalten.

berliner-mieterverein.de

Soziale Wärmewende Jetzt! ist eine bundesweite Initiative von Mieter*innen und Klimaaktivist*innen mit einer aktiven Berliner Ortsgruppe. Sie kämpfen für sozialverträgliche Sanierungen ohne Mieterhöhungen. Die Initiative bietet einen 10-Schritte-Leitfaden zur Gründung einer eigenen Ortsgruppe und unterstützt neu Engagierte beim Einstieg. soziale-waermewende-jetzt.de; hallo@soziale-waermewende-jetzt.de

Beim **Berliner Energietisch** können sich Mieter*innen-Gruppen vernetzen und gemeinsam mit anderen Berliner Organisationen politische Forderungen erarbeiten. berliner-energietisch.net; info@berliner-energietisch.net

Neben **Härtefallfonds** braucht es niedrigschwellige praktische Hilfe. Viele Haushalte können nicht auf die große Sanierung warten. Programme wie **Energiesparberatungen** vor Ort oder **mobile Energiespar-Teams**, die kleine Effizienzmaßnahmen umsetzen – etwa Abdichtung, Thermostatwechsel, Dämmung von Heizungsrohren oder Beratung zum richtigen Heizen und Lüften – können schnell entlasten. Solche geringinvestiven Maßnahmen ersetzen keine Sanierung, helfen Menschen mit wenig Geld aber unmittelbar.

Auch die Fernwärme muss sozialpolitisch in den Blick: Steigende Fernwärmepreise treffen besonders Haushalte mit geringen Einkommen knapp oberhalb der Leistungsgrenzen. Berlin braucht deshalb eine starke **Fernwärmeregulierung** mit fairer Preisaufsicht und wirksamen sozialen Schutzmechanismen.



Die **soziale Wärmewende** ist kein technisches Spezialprogramm, es geht um das Recht auf eine warme Wohnung.

Eine soziale Wärmewende setzt schließlich auf **Gemeinwohlorientierung**. Öffentliche und genossenschaftliche Modelle können helfen, Wärmeversorgung demokratischer, transparenter und bezahlbarer zu machen. Genossenschaftliche Nahwärme, Mieter*innenstrom, Quartierslösungen mit Wärmepumpen, Abwärme oder Geothermie und landeseigene Bestände als Vorreiter können zeigen, dass klimafreundliches Heizen kein Luxus sein muss. Entscheidend ist: Die Wärmewende muss zuerst dort gelingen, wo Menschen wenig Geld

haben und heute in den schlechtesten Gebäuden wohnen.



In BUND/ifeu, Wärmewende gestalten Kapitel 5 bietet eine **Checkliste** mit Fragen zu Heizungstechnologien, Energieeinsparungen und sozialer Gerechtigkeit, sowie zu Partizipation, Transparenz, sozialer Gerechtigkeit, Quartierslösungen und Bürgerinnenenergie. Sie helfen zu prüfen, **ob die Wärmeplanung auf echte erneuerbare Lösungen setzt, ob Sanierungen effizient gestaltet werden und ob Mieter*innen sowie Haushalte mit wenig Einkommen geschützt werden.**

Akteure der Berliner Wärmewende

Neben der gesamtstädtischen Wärmeplanung hat das Land Berlin über seine landeseigenen Unternehmen einen großen Hebel für die Wärmewende. Diese Unternehmen sind keine neutralen Marktakteure: Als Eigentümer*in, in Aufsichtsräten, durch Satzungen und Investitionsentscheidungen kann das Land soziale und ökologische Ziele verbindlich verankern. Genau hier können Sie als Teil der lokalen Zivilgesellschaft ansetzen und Druck machen: Öffentliche Unternehmen sollen nicht nur wirtschaftlich funktionieren, sondern bezahlbare, klimafreundliche Wärme als Teil der Daseinsvorsorge sichern.

Mit der **Berliner Energie und Wärme AG (BEW)** ist das größte Fernwärmenetz der Stadt wieder in öffentlicher Hand. Kleinere Wärmenetze betreiben unter anderem die **BTB GmbH** im Berliner Südosten und die **Fernheizwerk Neukölln AG**. Entscheidend ist nun, dass öffentliche Eigentümerschaft nicht nur als Strukturentscheidung verstanden wird, sondern zu einer klimafreundlichen, transparenten und sozial bezahlbaren Wärmestrategie führt.

Auch die sieben landeseigenen Wohnungsunternehmen – **Berlinovo, Degewo, Gesobau, Gewobag, Howoge, Stadt und Land** und **WBM** – sind zentrale Akteure. Mit über 400.000 Wohnungen verfügen sie über mehr als ein Fünftel

des Berliner Wohnungsbestands. Sie könnten bei energetischer Sanierung, sozialverträglicher Modernisierung und klimafreundlicher Wärmeversorgung zum Taktgeber für die ganze Stadt werden. In ihren Beständen entscheidet sich praktisch, ob Sanierungsfahrpläne, Wärmenetzanschlüsse, Mieterschutz und erneuerbare Wärmequellen sozial verträglich organisiert werden.

Das **Stromnetz Berlin** ist ebenfalls landeseigen und für die Wärmewende zentral. Denn je stärker Berlin auf dezentrale Wärmepumpen und Großwärmepumpen für die Fernwärme setzt, desto wichtiger werden der Ausbau und die vorausschauende Ertüchtigung des Verteilnetzes. Bei Engpässen konkurrieren Wärmewende und Elektromobilität mit Rechenzentren und Industrie um begrenzte Anschlussleistung. Das kann Projekte verzögern, verteuern oder ganz ausbremsen.

Die **Berliner Wasserbetriebe (BWB)** haben mit dem Abwasserwärmeatlas eine wichtige Grundlage geschaffen, um Potenziale aus Abwasserleitungen und Kanälen zu erkennen. Bei konkreten Projekten prüfen sie Standorte genauer; ein besonders relevantes Vorhaben ist die geplante großindustrielle Abwasserwärmepumpe am Standort Reuter West. Solche Projekte zeigen, wie vorhandene städtische Infrastrukturen für erneuerbare Wärme genutzt werden können.

Die Rolle der **Berliner Stadtreinigung (BSR)** ist ambivalent. Das Müllheizkraftwerk Ruhleben speist Wärme in das Berliner Fernwärmenetz ein. Als Ersatz für fossile Brennstoffe ist das – wie beschrieben – nur eingeschränkt überzeugend. Für eine echte Wärmewende sollte Berlin Abfälle und Holz nicht als zentrale Brennstoffbasis einplanen, sondern den Ressourcenverbrauch deutlich senken. Auch am Standort Gradestraße zeigt sich dieser Zielkonflikt: Einerseits sollen Sortierung und Recycling verbessert werden, andererseits sind zusätzliche Kapazitäten zur Verbrennung von Abfällen und Holz geplant.

Die **Berliner Stadtwerke** entwickeln bereits konkrete Wärmeversorgungslösungen in Quartieren – etwa auf den Buckower Feldern, am Haus der Statistik oder auf dem Dragonerareal. Dabei geht es unter anderem um kalte Nahwärme,

Abwasserwärme und Wärmepumpen. Solche Projekte zeigen, dass die Wärmewende nicht nur über das große Fernwärmenetz laufen muss. Auch kleinteilige, quartiersbezogene und erneuerbare Lösungen können eine wichtige Rolle spielen.

Neben dem Land Berlin spielen außerdem die **zwölf Bezirke** eine zentrale Rolle, denn die operative Umsetzung der Wärmepolitik obliegt den Bezirken. Viele praktische Fragen der Wärmewende landen am Ende in den Bezirksämtern: Baugenehmigungen, Wegerechte, Leitungsführung, Tiefbau, energetische Quartierskonzepte, bezirkliche Liegenschaften und öffentliche Gebäude. Wenn die Bezirke diese Aufgaben ernsthaft bewältigen sollen, brauchen sie deutlich mehr Personal, Geld und fachliche Unterstützung. Sonst bleibt die Wärmewende auf Landesebene geplant, scheitert aber in der Umsetzung vor Ort.



Auch die **Zivilgesellschaft** ist ein wichtiger Akteur. In Berlin arbeiten Klima-, Energie-, Mieter*innen-, Sozial- und Quartiersinitiativen bereits an vielen Punkten der Wärmewende: Sie fordern ambitioniertere Klimapolitik, kontrollieren Fernwärme- und Sanierungspläne, organisieren Beratung, entwickeln Nahwärme-Ideen und machen steigende Heizkosten politisch sichtbar. Aus ihrer Perspektive ist die Wärmewende längst auch eine Mieten- und Gerechtigkeitsfrage: Wer zahlt die Sanierung? Wer profitiert von sinkenden

Heizkosten? Wer kontrolliert Fernwärmepreise? Und wie werden Menschen geschützt, die wenig Einkommen haben, aber in schlecht gedämmten Gebäuden mit hohen Energiekosten wohnen?

Wichtig sind außerdem **Genossenschaften**, die Wohnen und Energie gemeinwohlorientiert vorantreiben. Dazu gehören Wohnungsgenossenschaften, die ihre Bestände langfristig halten und nicht auf kurzfristige Rendite ausrichten – etwa die **Märkische Scholle**, die in Lichterfelde Süd energetische Sanierung und ein eigenes Nahwärmesystem verbunden hat. Auch Projekte wie **Spreefeld**, **Möckernkiez**, **Bremer Höhe** oder **SelbstBau** stehen für gemeinschaftliches und nicht rein profitorientiertes Wohnen. Neue Energie- und Wärmegenossenschaften wie die **kliQ Berlin eG** zeigen, wie klimafreundliche Quartiersentwicklung, Nachbarschaftsarbeit und kalte Nahwärmenetze zusammen praktisch organisiert werden können. Die **BürgerEnergie Berlin eG** steht ebenfalls für die Idee, Energieversorgung stärker in Bürger*innenhand zu bringen.

AKTIV WERDEN:

Sie sind Hauseigentümer*innen und wollen die Wärmewende selbst in die Hand nehmen? Beratung und Unterstützung finden Sie hier:

Die **BAUinfo Berlin** ist die zentrale Anlaufstelle des Landes rund um das nachhaltige Bauen in Berlin, inkl. energetischer Sanierung, sowie zu Fördermöglichkeiten. Sie berät private Eigentümer*innen von Wohngebäuden – aktuell mit einem besonderen Fokus auf Mehrfamilienhäusern sowie Wohnungseigentümergeinschaften. bauinfo-berlin.de

Die **Berliner Energieagentur GmbH** (BEA) unterstützt insbesondere dort, wo mehrere Akteure zusammenkommen – etwa in Mehrfamilienhäusern, Genossenschaften oder ganzen Kiezen – und professionelle Planung, Contracting oder Projektentwicklung gebraucht wird. Aber auch für Hauseigentümer*innen gibt es Beratungsangebote zu Sanierungsstrategien und förderfähigen Maßnahmen. berliner-e-agentur.de

Der **Aktionskreis Energie e.V.** bietet Weiterbildungen, Beratungen und Informationsveranstaltungen zur energetischen Gebäudesanierung und zu regenerativen Energien für Hauseigentümer*innen, Planer*innen und interessierte Laien an. aktionskreis-energie.de

Die **Verbraucherzentrale Berlin** bietet produktneutrale, öffentlich geförderte Energieberatung zu Heizung, Wärmepumpen, Dämmung, Fördermitteln und Heizkostenabrechnung – telefonisch, online und vor Ort. Für Mieter*innen ist sie erste Anlaufstelle bei Fragen zu Betriebskosten und Modernisierungsankündigungen. verbraucherzentrale-berlin.de/energie/energieberatung-15614

ZuHaus in Berlin ist ein gemeinsames, kostenloses Beratungsprojekt der Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz und der Verbraucherzentrale Berlin speziell für Eigentümer*innen von Ein- oder Zweifamilienhäusern – zu den Themenbereichen Gebäudehülle, Heizungstausch oder den Einsatz erneuerbarer Energien mittels Photovoltaik oder Wärmepumpen. Informationen und Anmeldung unter: zuhaus-in-berlin.de.

Impressum

BUND für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)
Landesverband Berlin e.V. | Crellestraße 35 | 10827 Berlin |
Tel. (030) 78 79 00-0 | www.bund-berlin.de
V. i. S. d. P.: Sandra Lust
Fotos, Titelbild: Thomas Wolter über Pixabay, S. 2: Björn
Obmann / BUND Berlin, S. 4: wa_172619 über Pixabay, S. 6:
Sandra Lust, S. 8: Jörg Farys / BUND
Mai 2026